

„SKANDAL IN HALLE“

Freie Träger positionieren sich gegen das Jugendamt

Mit einer umfassenden, wenn nicht sogar vernichtenden Kritik haben sich alle freien Träger im Umfeld der Stadt Halle an die Öffentlichkeit gewandt. Ausgehend von einer Kritik der geplanten Einsparungen bei den Pflichtleistungen der Jugendhilfe werden die konzeptionellen Grundlagen in Frage gestellt.

Unverständnis wird darüber geäußert, das Politik und Verwaltung dem Versprechen der für „mehrere hunderttausend Euro“ engagierten Beratungsfirma START gefolgt sind, innerhalb von achtzehn Monaten die Arbeit des Jugendamtes mit mehr als 600 MitarbeiterInnen völlig neu zu strukturieren und dabei insgesamt 4 Millionen Euro einzusparen.

„Inhaltsleere als durchgehendes Konzept“ sei die Basis des von START vorgelegten und vom Rat beschlossenen Konzeptes. „Die Schriftstücke enthalten Absichtserklärungen, Allgemeinplätze und eine Vielzahl von Vokabeln des (Sozial-)Managements.“ Im Ergebnis seien diese Überlegungen keine jugendplanerische Innovation, „sondern ein kompletter Verkauf der sozialpädagogischen Fachlichkeit.“ Die Stellungnahme ist online nachlesbar.

QUELLE: http://www.dbsh.de/Antwort_Trägerkreis_Halle.pdf

„SKANDAL IN HALLE“

Kürzungen in der SGB VIII-Praxis

In einer Stellungnahme wenden sich die großen Erziehungsverbände in Deutschland gegen die jüngsten Dienstanweisungen im Jugendamt in Halle und Berlin-Reinickendorf (wir berichteten).

In der Einleitung der Stellungnahme heißt es: „Rechtssicherheit ist ein hohes Gut. ... Im Bereich der Erziehungshilfen für junge Menschen und ihre Familien stellt das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) entsprechende Sicher-



Auszug aus der Stellungnahme: „Die derzeitige Jugendhilfepraxis in Deutschland zeigt, dass Jugendämter sich angesichts ‚leerer Kassen‘ selbst bei individuellen Rechtsansprüchen zu Einsparungen genötigt fühlen.“

heiten dar. Die derzeitige Jugendhilfepraxis in Deutschland zeigt, dass Jugendämter sich angesichts ‚leerer Kassen‘ selbst bei individuellen Rechtsansprüchen zu Einsparungen genötigt fühlen. Erreichte Standards und Verpflichtungen gegenüber jungen Menschen und ihren Familien werden durch offizielle Dienstanweisungen bewusst unterlaufen. Einzelne Jugendämter fordern zum offenen Rechtsbruch auf. Gefährlich ist zudem hierbei, dass vereinzelt Aussagen mit dem Tenor getroffen werden: ‚Jede Familie ist besser als ein Heim.‘“

In der Stellungnahme fordern die Verbände dazu auf, Rechtsansprüche nicht zu unterlaufen. Sie weisen darauf hin, dass es keinen Sinn mache, ambulante sozialräumliche Angebote und Familienunterstützung gegen stationäre Erziehungshilfen auszuspielen. Vielmehr erfordere Prävention zusätzliche Investitionen. Zusätzlich wird gefordert, junge Volljährige nicht wie in Halle oder in Berlin aus der Jugendhilfe zu drängen: „Dies wäre eine weitere Verstärkung sozialer Ungleichheit“, so die Verbände.

Die Stellungnahme wird getragen von: AFET – Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., BvKE – Bundesverband katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen e.V., EREV – Evangelischer Erziehungshilfeverband e.V., IGfH – Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen e.V.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

Zum Kinderschutz in Deutschland

Die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V., der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, das Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V., das Deutsche Jugendinstitut e.V., die Kinderschutz-Zentren und die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen haben sich im Dezember mit einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit gewandt. Sie weisen darauf hin, dass Schutz und Hilfe für ein gefährdetes Kind nur möglich seien, wenn seine Situation und die

seiner Familie kompetent analysiert werden und auf dieser Basis ebenso angemessen wie konsequent gehandelt werde.

Die Behauptung der Politik dass die Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe steigen würden, wird zurückgewiesen, da die tatsächlichen Ausgaben in den letzten fünf Jahren stagnieren. Fakt sei dagegen, dass die Herausforderungen und Aufgaben beim Ausbau der Kindertageseinrichtungen, beim Ausbau familienunterstützender Hilfen und Angebote, wenn sie von der Kinder- und Jugendhilfe bewältigt werden sollen, Mehraufwendungen verlangen. Die Erklärung sieht zusätzliche Aufgaben durch die Zunahme von Familien in Armutslagen.

Es gelinge zunehmend frühzeitig einen Zugang zu gefährdeten und betroffenen Familien zu bekommen und sie rechtzeitig zu unterstützen. Hier verweist die Erklärung auf die Statistik: „Die Zahlen des Statistischen Bundesamts belegen, dass sich die Zahl der Kinder mit ‚Anzeichen für Kindesmisshandlung‘ in den Erziehungs- und Familienberatungsstellen sowie Kinderschutz-Zentren in Deutschland seit 1993 mehr als verdoppelt hat (plus 114 Prozent): Im vergangenen Jahr wurden 4980 Kinder in solchen Gefährdungssituationen in den Beratungsstellen vorgestellt. Ebenso ist ein Anstieg bei den Hilfen zur Erziehung zu verzeichnen. Konnten 2002 noch 111 486 Neufälle gezählt werden, waren es 2006 bereits 125 037 (plus 12 Prozent). Der Anstieg ist deshalb ein erstes positives Signal, weil die Kinder- und Jugendhilfe in der Regel – bis auf wenige Ausnahmen – nur gemeinsam mit den Eltern etwas für die Kinder erreichen kann und nicht gegen sie.“

In der Erklärung heißt es weiter: „Pauschale Verurteilungen der Kinder- und Jugendhilfe und namentlich der Jugendämter sind nicht hilfreich für die gemeinsame Arbeit für einen verbesserten Kinderschutz.“

WEITERE INFORMATIONEN:
<http://www.dbsh.de/redsys/soztop/userpages/kinderschutz2008.htm>